

JEDES *THEMA* ZÄHLT!

**Kurzwahlprogramm
der FDP Niedersachsen**

WWW.FDP-NDS.DE

**SO STIMMT
NIEDERSACHSEN**





Stefan Birkner

Stefan Birkner

Landesvorsitzender
und Spitzenkandidat

PRÄAMBEL

Jeder Mensch trägt den Wunsch und auch die Fähigkeit in sich, sein Leben selbst zu gestalten. Von diesem liberalen Menschen- und Gesellschaftsbild haben wir – die FDP Niedersachsen – uns bei unseren Entscheidungen in den letzten Jahren leiten lassen. Daher ist es notwendig, dass der Staat seinen Bürgerinnen und Bürgern den hierfür erforderlichen Freiraum lassen muss. Wir sind davon überzeugt, dass eine Gesellschaft freier und gleichzeitig fairer ist, wenn sich der Staat nur auf die Gestaltung von Rahmenbedingungen beschränkt. Dieser innere Kompass unterscheidet uns von allen anderen Parteien in Niedersachsen.

Es gab in Niedersachsen in den letzten 20 Jahren noch nie so viele sozialversicherungspflichtig Beschäftigte wie heute. Noch nie wurden unsere Kinder von so vielen und so gut ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern unterrichtet wie im Jahre 2012. Mit der Einführung der Oberschule und der Stärkung unserer Gymnasien haben wir unser bewährtes differenziertes Schulsystem modernisiert. Noch nie standen unsere Universitäten in nationalen und internationalen Vergleichen besser da. Noch nie waren in Niedersachsen weniger junge Menschen nach ihrem Schul- oder Hochschulabschluss arbeitslos.

Gleichzeitig steht Niedersachsen in den kommenden Jahren vor großen Herausforderungen:

Über den Erfolg der Energiewende wird auch in Niedersachsen entschieden werden. Sie wird nur gelingen, wenn sie mit den Menschen umgesetzt wird und den Erhalt von Arbeitsplätzen im Auge hat. Private Haushalte und Unternehmen dürfen nicht aufgrund ausufernder Strompreise unverhältnismäßig belastet werden. Das gefährdet Arbeitsplätze. Energie muss auch in Zukunft bezahlbar bleiben.

Die Krise des Euro führt es deutlich vor Augen: Um ihren Gestaltungsspielraum zu erhalten und ihre Unabhängigkeit zu sichern, kann keine Gesellschaft dauerhaft mehr Geld ausgeben, als sie einnimmt. Unsere Schulden der Gegenwart werden unsere Kinder in der Zukunft zurückzahlen müssen.

Wir haben in zentralen Fragen der Landespolitik unsere Vorstellungen und liberalen Forderungen auch gegenüber unserem Koalitionspartner durchsetzen können. Wenn Sie in Zukunft noch mehr liberale Politik für Niedersachsen wünschen, stärken Sie uns bei der kommenden Landtagswahl den Rücken.

WIRTSCHAFT

Die soziale Marktwirtschaft ist Grundlage liberaler Wirtschaftspolitik. Das Prinzip „Privat vor Staat“ ist Ausdruck dieser liberalen Grundhaltung. Bürger und Unternehmen müssen durch eine konsequente Wettbewerbspolitik vor Monopolen und Eingriffen in den Wettbewerb geschützt werden. So wollen wir zum Beispiel verhindern, dass kommunale Betriebe kleinen und mittleren Betrieben vor Ort Konkurrenz machen.

Liberale Wirtschaftspolitik ist vor allem Mittelstandspolitik. Wir wollen die Voraussetzungen schaffen, um besonders kleine und mittlere Unternehmen noch wettbewerbsfähiger zu machen. Dabei setzen wir auf neue Technologien, innovative Produkte und den Abbau von Bürokratie. Wir stehen für eine zielgenaue Ausrichtung der Förderpolitik des Landes auf innovative Projekte im Mittelstand. Unterstützung nach dem Gießkannenprinzip – wie bei Schlecker – lehnen wir ab.

Der Arbeitsmarkt hat sich dank unserer liberalen Wirtschaftspolitik besser entwickelt als in vielen anderen Bundesländern. Liberale Arbeitsmarktpolitik sorgt dafür, dass Menschen auf eigenen Beinen stehen können. Wir haben heute in Niedersachsen die höchste Quote sozialversicherungspflichtig Beschäftigter seit 20 Jahren. Und jeden Tag kommen 290 dazu. Unser Ziel ist es, dass jeder einen Arbeitsplatz findet. Arbeitsmarktpolitische Instrumente müssen Menschen in die Lage versetzen, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen und dürfen nicht von einer Maßnahme in die nächste führen. Ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn vernichtet Arbeitsplätze; deshalb lehnen wir ihn ab.

Niedersachsen ist ein bedeutendes Industrieland. Die Arbeitsplätze in Industriebetrieben sind eine Grundlage unseres Wohlstandes. Wir Liberalen setzen uns dafür ein, dass die Industrie weitere Entwicklungsmöglichkeiten in Niedersachsen hat. Deshalb dürfen europarechtliche Normen bei der Umsetzung in Landes- oder Bundesrecht nicht überfüllt werden.

Gut ausgebaute Verkehrswege sind Voraussetzung für eine erfolgreiche Volkswirtschaft. Wir wollen Infrastrukturprojekte verwirklichen statt verhindern. Wir brauchen insbesondere auf den Autobahnen mehr intelligente Verkehrssteuerungssysteme statt fester Geschwindigkeitsbegrenzungen. Radarkontrollen dürfen ausschließlich der Erhöhung der Verkehrssicherheit dienen und nicht missbraucht werden, um die Einnahmen des Staates zu erhöhen.

Wir machen die niedersächsischen Häfen zum Tor zur Welt: Sie müssen so ausgerüstet und vernetzt sein, dass sie ihrer Funktion als Drehscheibe für Waren und Güter auch in Zukunft gerecht werden. Nur so können wir die Chancen optimal nutzen, die sich für Niedersachsen aus der Globalisierung und der Energiewende ergeben. Entscheidend ist daher, dass der JadeWeserPort trotz aller Unkenrufe im September 2012 in Betrieb gegangen ist.

FINANZEN

Haushalt

Die FDP Niedersachsen steht für eine nachhaltige Haushaltspolitik in Niedersachsen. Um zukünftigen Generationen den finanziellen Handlungsspielraum nicht weiter einzuschränken, müssen neue Schulden ab 2016 verboten und danach jährlich 350 Mio. Euro alte Schulden abgebaut werden. Dafür ist auch eine Reduzierung öffentlicher Ausgaben notwendig. Wir setzen uns gegen den Widerstand von Rot-Grün weiter für eine Schuldenbremse in der Verfassung ein. Um die steigenden Pensionslasten nicht weiter in die Zukunft zu schieben, wollen wir einen Pensionsfonds einrichten, der die Ansprüche der Beamten langfristig sichert.

Staatliche Beteiligungen und öffentliche Aufgaben

Um die Staatsquote langfristig zu reduzieren und den Staat auf seine Kernaufgaben zu beschränken, müssen alle staatlichen Aufgaben regelmäßig dahingehend überprüft werden, ob sie notwendig sind und effizient wahrgenommen werden. Auch bestehende Landesbeteiligungen müssen überprüft und weitestmöglich zurückgeführt werden. Subventionen sind nur unter strengen Auflagen zu gewähren und zeitlich zu begrenzen. Zur Effizienzsteigerung bei notwendigen Aufgaben können Partnerschaften zwischen öffentlichen und privaten Trägern beitragen.

ENERGIE & UMWELT

Für die FDP ist aus Verantwortung für die künftigen Generationen der Erhalt einer intakten und lebenswerten Umwelt eine zentrale Aufgabe liberaler Politik. Im Mittelpunkt steht dabei der Mensch. Er ist für uns zuerst Partner beim Umweltschutz und nicht Adressat staatlicher Regulierung.

Energiepolitik

Wir wollen die Energiewende. Die Energieversorgung der Zukunft muss aber auf dem Weg hin zu immer mehr Umwelt- und Klimaverträglichkeit sicher und bezahlbar bleiben. Wir setzen daher auf einen intelligenten Mix aus regenerativen und konventionellen Energien. Das Leitbild liberaler Energiepolitik ist technologieoffen und wettbewerbsorientiert.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist gerade für Niedersachsen wichtig. Wir sind aufgrund der Windkraft und der Biogaserzeugung das Energieland Nr. 1 – das wollen

wir auch bleiben. Dabei müssen die Energiepreise aber für jeden bezahlbar bleiben. Die Kosten für die erneuerbaren Energien sind leider zu einem Preistreiber geworden. Daher müssen wir die Förderinstrumente für die erneuerbaren Energien dringend überarbeiten und marktwirtschaftlicher gestalten.

Eine weitere große Herausforderung der Energiewende ist der Ausbau der Netzinfrastruktur. Der umweltverträgliche Ausbau der Strom- und Gasnetze muss zügig vorangetrieben werden, damit der Strom der regenerativen Energien von der Küste in den Süden kommt, dort wo er benötigt wird. Dass dort, wo der Mensch wohnt, Erdkabel verwendet werden, ist für uns selbstverständlich. Umfassende Transparenz und Bürgerbeteiligung bei der Planung des Netzausbaus ist Grundvoraussetzung für die Akzeptanz neuer Energietrassen.

Naturschutz

Der Schutz von Natur und Landschaft kann für die FDP nur unter Einbeziehung des Menschen und nicht durch seinen Ausschluss aus der Natur gelingen. Die Schönheit und Vielfalt der Natur vom Wattenmeer bis zum Harz muss geschützt werden, aber auch erlebbar bleiben. Der Schutz von Tieren und Pflanzen ist daher mit den berechtigten Interessen des Menschen zu einem vernünftigen Ausgleich zu bringen.

Der Vertragsnaturschutz stimmt die Naturschutzinteressen mit den Nutzern der Natur ab. Diese Vereinbarungen mit der Landwirtschaft für eine naturschutzgerechte Bewirtschaftung von Ackerland und Grünland sind in Niedersachsen ein Erfolgsmodell. Diesen Weg wollen wir fortsetzen und uns weiterhin für eine aktive Teilnahme von Bürgerinnen und Bürgern am Naturschutz einsetzen.

Küsten- und Hochwasserschutz

Für die FDP Niedersachsen ist ein effektiver Küsten-, Insel- und Hochwasserschutz eine Daueraufgabe der Politik. Auch in Zukunft muss genügend Geld bereitgestellt werden, um einheitliche Schutzniveaus vor Sturmfluten und Binnenhochwässern zu garantieren. Dies dient nicht nur dem Schutz des Lebens und des Eigentums unserer Bürgerinnen und Bürger, sondern ist auch Teil einer verantwortungsvollen Umweltpolitik.

BILDUNG

Bildung ist Bürgerrecht und Bürgerpflicht zugleich. Ziel liberaler Bildungspolitik ist es, dass jedes Kind die besten Chancen auf eine gute Bildung erhält und die Chance hat, sich zu einer eigenständigen und eigenverantwortlichen Persönlichkeit zu entwickeln.

Schulstruktur

Die FDP Niedersachsen setzt sich für ein wohnortnahes Schulangebot ein. Dieses gilt insbesondere für Grundschüler. Wir werden die Schulträger bei der Suche nach Lösungen wie Schulverbänden oder Außenstellen unterstützen und uns für den Erhalt von so vielen Grundschulen wie möglich stark machen. Für uns gilt stets der Grundsatz: Kurze Wege für kurze Beine.

Die von der FDP initiierte Oberschule ist ein Erfolgsmodell für das Flächenland Niedersachsen: Bereits im zweiten Jahr ihres Bestehens ist sie die zweitstärkste Schulform im Bereich der weiterführenden Schulen. Die niedersächsische Oberschule ermöglicht allen Schülerinnen und Schülern eine ihrer Leistungsfähigkeit und ihren Neigungen entsprechende Schwerpunktbildung. Wir setzen auf individuelle Förderung statt auf Ergebnisgleichheit.

Das Gymnasium ist und bleibt dank der FDP die erfolgreichste Schulform in Niedersachsen. Die FDP ist die einzige Partei, die sich uneingeschränkt und kontinuierlich für deren Erhalt einsetzt. Die FDP Niedersachsen wird sich auch zukünftig klar für den Erhalt der Gymnasien einsetzen und die Rahmenbedingungen für die Gymnasien nachhaltig verbessern.

Die inklusive Schule wird ab dem Schuljahr 2013/2014 eingeführt. Damit wird allen Schülerinnen und Schülern der barrierefreie und gleichberechtigte Zugang zu den weiterführenden Schulen ermöglicht. Die FDP Niedersachsen setzt sich für eine erfolgreiche Umsetzung der Inklusion ein. Wir wollen, dass die Eltern sich die beste Lernumgebung für ihr Kind auswählen können.

Unterricht und Betreuung

Eine tatsächliche volle Unterrichtsversorgung hat für die FDP Niedersachsen oberste Priorität. Seit 2003 haben wir 5.000 neue Lehrerstellen und damit die beste Lehrerversorgung seit über 20 Jahren geschaffen. Und wir werden trotz zurückgehender Schülerzahlen alle Ressourcen im Bildungssystem belassen und keine Kürzungen vornehmen. Wir werden die Klassengrößen und Kursgrößen deutlich senken und außerdem die Lern- und Arbeitsbedingungen an den Schulen weiter verbessern.

Den Ausbau der Ganztagschulen wollen wir mit Nachdruck voranbringen und die notwendigen personellen und finanziellen Mittel dafür bereitstellen. Wir werden die Ganztagschulen dabei unterstützen, die Qualität der Ganztagsbetreuung durch die Zusammenarbeit mit Vereinen und Verbänden weiter zu verbessern. Sie haben die Möglichkeit, den Schultag anders zu strukturieren und somit den Lerndruck zu reduzieren. Darüber hinaus bieten sie ein Betreuungsangebot, das es Eltern ermöglicht, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen.

Die FDP Niedersachsen setzt sich dafür ein, dass die Zahl der Schulpsychologinnen und Schulpsychologen weiterhin erhöht wird sowie mehr Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen durch das Land an Schulen eingesetzt werden. Diese Fachkräfte helfen Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften, unter anderem für ein besseres Lernklima an den Schulen zu sorgen.

Schülerinnen und Schüler sollen fürs Leben lernen. Die Schule ist der Ort, an dem an erster Stelle Fachwissen vermittelt wird. An Schulen müssen aber auch Werteorientierung und Schlüsselqualifikationen, insbesondere Sozialkompetenz, Alltags- und Medienkompetenz, vermittelt werden. Lehrpläne und Stundentafeln müssen daher fortlaufend überprüft und der Lernzeit angepasst werden.

Eigenverantwortliche Schule

Mit der Einführung der Eigenverantwortlichen Schule haben die Schulen die Möglichkeit, ein eigenständiges Schulprofil zu entwickeln. Sie können den Schulalltag so organisieren, wie es für die Schülerschaft und den Lehrkörper am besten ist und sie können so die Bedürfnisse vor Ort besser berücksichtigen. Schulen müssen sich auf ihre Kernaufgaben Bildung und Erziehung konzentrieren können. Deshalb wird die FDP Niedersachsen die noch bestehende Regelungsdichte überprüfen und die Schulen weiter von Bürokratie entlasten. Die FDP Niedersachsen wird sich weiterhin dafür einsetzen, eine Akademie für schulisches Führungspersonal und Lehrkräfte einzurichten. Dort sollen sie für die spezifischen Aufgaben qualifiziert und weitergebildet werden.

Hochschulen

Die FDP Niedersachsen tritt für Freiheit und Unabhängigkeit in Lehre und Forschung ein; jeden Versuch ideologisch motivierter Einflussnahme lehnen wir ab.

Wir bekennen uns zur Hochschulautonomie. Je mehr Hochschulen ihre Angelegenheiten in eigener Verantwortung regeln können, desto freier und erfolgreicher können sich Forschung und Lehre entwickeln.

Wir setzen uns dafür ein, die Aufsicht des Landes auf die reine Rechtsaufsicht zu beschränken und auf die Fachaufsicht zu verzichten.

Den Hochschulen sollen das uneingeschränkte Berufsrecht für Professorinnen und Professoren, die Diensttherreneigenschaft und die Bauherreneigenschaft übertragen werden.

Universitäten und Hochschulen in Niedersachsen sollen sich ihre Studierenden aussuchen dürfen und umgekehrt können Studentinnen und Studenten sich ihre Hochschule auswählen. Die Hochschulen sollen die Zulassung ihrer Studierwilligen nach hochschul-

eigenen, fächerspezifischen Auswahlverfahren selbst regeln. Die FDP Niedersachsen will die Aufnahmekapazitätsregelungen flexibilisieren und um Aspekte der Qualität sowie des Leistungsniveaus ergänzen.

Nach dem Prinzip „Geld folgt Student“ soll ein staatlicher Anteil der Hochschullehre nach Anzahl der Studierenden und Absolventen finanziert werden.

Die Organisation des Studiums soll so weit wie möglich der eigenverantwortlichen Organisation der Hochschulen überlassen werden. Dabei muss jedoch das Land sicherstellen, dass die bestmögliche Ausbildung der Studierenden gewährleistet ist. Daher wird sich die FDP Niedersachsen dafür einsetzen, dass in den Zielvereinbarungen zwischen dem Land und den Hochschulen sich diese noch stärker als Dienstleister verstehen, die um die fähigsten Studierenden konkurrieren, indem sie ihnen die bestmögliche Ausbildung anbieten.

Aktivität und Attraktivität deutscher Hochschulen müssen für ausländische Studierende gesteigert werden. Internationale Studiengänge sind zu fördern.

Dazu gehört für uns der Ausbau der Verbindungen zwischen Hochschulen und Praxis durch eine vermehrte Schaffung dualer Studiengänge auch an staatlichen Hochschulen, ebenso wie der Ausbau der Berufsberatung.

Die Übertragbarkeit von Studienleistungen zwischen einzelnen Hochschulen, egal ob in- oder ausländisch, auch zwischen verwandten Studiengängen und auch bei solchen, die nicht dem Bologna-System folgen (etwa Rechtswissenschaften), muss verbessert werden.

Es ist zu prüfen, inwieweit der weltweit anerkannte Titel Diplom wieder genutzt werden kann, etwa als ergänzende Bezeichnung für bestimmte Masterabschlüsse.

Studienbeiträge

Die Studienbeiträge haben sich für die niedersächsische Hochschullandschaft und die Studierenden bewährt. Die Lehre konnte deutlich verbessert werden. Die Studierenden profitieren von zusätzlichem Personal, längeren Bibliotheksöffnungszeiten, mehr Tutorien und einer individuelleren Betreuung.

Die FDP setzt sich dafür ein, dieses erfolgreiche System im Sinne der Studierenden und Hochschulen dynamisch weiterzuentwickeln. Deshalb wollen wir, dass jede Hochschule individuell und eigenständig je nach Studienfach bis zu einer bestimmten Höchstgrenze über die Höhe der Beiträge entscheiden kann. Klar ist auch, dass die Hochschulen transparent und gemeinsam mit den Studierenden über die Verwendung der Studienbeiträge entscheiden.

SOZIALPOLITIK

Die FDP Niedersachsen setzt sich für ein differenziertes Angebot ein, mit dem Menschen aus Lebenssituationen, die von Not und Armut geprägt sind, in ein selbstbestimmtes Leben mit eigener Erwerbstätigkeit hineinfinden können.

Menschen mit Behinderungen sollen ihre Unterstützungsangebote selbst wählen und ausgestalten können. Die Nutzung des persönlichen Budgets und des Budgets für Arbeit muss vereinfacht und ausgebaut werden.

In der Gesundheitsversorgung müssen die Angebote der Krankenhausversorgung mit denen der niedergelassenen Ärzte besser abgestimmt werden.

Prävention hat für uns einen hohen Stellenwert. Deswegen fordern wir mehr Familienhebammen, Gesundheits- und Hygienenetze und präventive Arbeitsmedizin.

Die Pflege muss von übermäßiger Bürokratie befreit werden. Wir setzen uns für Wohnformen ein, die Menschen mit Pflegebedarf ein hohes Maß an Selbstbestimmung ermöglichen.

In einer Gesellschaft des demografischen Wandels fordern wir den Wegfall aller starren Altersgrenzen in der Arbeitswelt.

Die FDP ist sich bewusst, dass eine tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter nur erreicht werden kann, wenn Beruf und Familie miteinander vereinbart werden können.

Eltern sollen selbst entscheiden können, wie sie die Erziehung und Betreuung ihrer Kinder organisieren. Wir setzen uns für Rahmenbedingungen ein, die eine echte Wahlfreiheit gewährleisten. Deshalb wollen wir genügend Krippenplätze für Kinder unter drei Jahren schaffen, um den Bedarf zu decken. Dabei wollen wir Betriebskindergärten und private Träger gleichwertig zu öffentlichen Trägern fördern. Die Öffnungszeiten von Hortplätzen müssen flexibel und bedarfsgerecht sein.

Langfristig wollen wir den Kindergartenbesuch beitragsfrei stellen.

Wir legen Wert auf eine hochwertige Ausbildung und regelmäßige Weiterbildung für Erzieherinnen und Erzieher. Das bedeutet aber nicht, dass diese Ausbildung an Hochschulen stattfinden muss.

VERBRAUCHERPOLITIK UND LÄNDLICHER RAUM

Für Liberale stehen Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt der Verbraucherpolitik. Um souveräne Entscheidungen treffen zu können, müssen ausreichend Informationen über Produkte und deren Eigenschaften bekannt sein. Die Vermittlung des notwendigen Wissens ist die wichtigste Voraussetzung für die Stärkung des Verbrauchers am Markt. Dafür will die FDP Niedersachsen die Informationsrechte der Verbraucher stärken, die Lebensmittelinformationen vereinheitlichen und verbraucherfreundlicher gestalten sowie die Kennzeichnungen für Gentechnik in Lebensmitteln oder erhöhte Tierschutzstandards verbessern.

Liberaler Agrarpolitik fördert den ländlichen Raum und eine mittelständische, unternehmerische Landwirtschaft gleichermaßen. Unabdingbar ist eine wettbewerbsfähige, effiziente und moderne Landwirtschaft, die sich an neuen Entwicklungen und am technischen Fortschritt orientiert. So sollen zum Beispiel die Erkenntnisse aus dem niedersächsischen Tierschutzplan ebenso Anwendung finden wie neueste Produktionsmethoden. Das ist gut für den Tierschutz, den Umweltschutz und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe.

Zu einer modernen Infrastruktur gehört der Zugang zu schnellen Internetanschlüssen. Deshalb setzen wir uns für eine flächendeckende Breitbandversorgung im ländlichen Raum ein.

Die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Nutzflächen muss deutlich gebremst werden. Boden ist nicht vermehrbar und dient den folgenden Generationen als Grundlage für land- und forstwirtschaftliche Produkte. Daher will die FDP den Schutz landwirtschaftlicher Nutzflächen stärker in der Raumplanung etablieren und Instrumente des Vertragsnaturschutzes ausbauen. Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sollen geldlich ausgeglichen werden, um den Naturschutz qualitativ zu verbessern, ohne neue Flächen zu beanspruchen.

Fischerei und Jagd nehmen wichtige Naturschutzaufgaben wahr und leisten wertvolle Jugendarbeit. Wir Liberale begreifen Fischer und Jäger als Partner für den Schutz und den Erhalt einer artenreichen und gesunden freilebenden Tier- und Pflanzenwelt. Die FDP Niedersachsen setzt sich daher für die Abschaffung der Jagdsteuer ein sowie für ein Korporationsmanagement zur Schonung der Fischbestände und zur Förderung der Artenvielfalt.

Engagierter Tierschutz ist eine hohe ethische Verantwortung für uns Liberale. Haltungssysteme und -systeme in der Landwirtschaft haben sich in den letzten Jahrzehnten stark verändert und generell zum Vorteil der Tiere entwickelt. Dennoch hat die schwarz-gelbe Landesregierung zusammen mit allen Beteiligten einen Tierschutzplan auf den Weg gebracht, der die Haltung der Nutztiere weiter verbessern soll. Um die Verlagerung von Tier-

haltung in Staaten mit niedrigeren Tierschutzstandards zu verhindern, wollen wir Liberale die europaweite Vereinheitlichung der Tierschutzstandards auf deutschem Niveau.

JUSTIZ UND INNENPOLITIK

Die FDP ist die deutsche Rechtsstaatspartei. Wir Liberalen werden uns auch künftig für eine starke, moderne und bürgernahe Justiz einsetzen. Die niedersächsische FDP hat sich allen Versuchen, Kompetenzen zulasten der Justiz zu verschieben, erfolgreich widersetzt und wird das auch weiterhin tun.

Rechtsstaat

Effektiver Rechtsschutz durch Justiz und unabhängige Gerichte garantiert den Rechtsstaat. Wir wollen, dass sich die Justiz auf ihre Kernaufgaben Streitentscheidung, Strafverfolgung und Strafvollzug konzentriert. Nicht zwingend staatliche Aufgaben sollen auf Private als beliebige Unternehmer übertragen werden.

Die Bürgernähe der niedersächsischen Justiz muss erhalten bleiben; gerade die Amtsgerichte leisten einen wertvollen Beitrag zur Streitbeilegung und Sicherheit vor Ort. Überlange Gerichtsverfahren müssen vermieden werden. Deshalb ist erforderlich, dass offene Stellen im Bereich der Richter und Staatsanwälte binnen sechs Monaten besetzt werden.

Sowohl die präventive Telefonüberwachung als auch die sogenannte Online-Durchsuchung lehnen wir ab.

Stärkung von Opferrechten

Opferschutz ist ein zentrales Anliegen liberaler Politik. Durch eine Straftat geschädigt oder verletzt zu werden, gehört zu den schlimmsten Erfahrungen im Leben eines Menschen. Die Opfer und ihre Angehörigen dürfen daher nicht mit den Folgen der Tat allein gelassen werden, sie müssen vielmehr durch konkrete Hilfsangebote (niedersächsische Stiftung Opferhilfe, Zusammenarbeit mit freien Trägern wie dem „Weissen Ring“, Interventionsstellen gegen Gewalt in sozialen Beziehungen) unterstützt werden.

Der gesetzlich geregelte Täter-Opfer-Ausgleich muss weiter ausgebaut werden; der Täter soll sich mit den Folgen seiner Straftat auseinandersetzen und sich bemühen, mit dem Opfer einen Ausgleich zu erreichen. Dadurch bietet sich vielfach auch dem Opfer die Chance, mit dem Erlebten abzuschließen.

Die FDP begrüßt Modellversuche in Niedersachsen, die Opfern von Gewalt eine anony-

misierte Beweiserhebung ermöglichen, ohne dass dadurch unmittelbar strafrechtliche Ermittlungen ausgelöst werden.

Auch Opfer von Justizirrtümern sind Opfer; die Entschädigungen für unschuldig erlittene Haft sollen deutlich angehoben werden.

Justizvollzug

Eine Kernaufgabe des Justizvollzuges ist die Resozialisierung der Strafgefangenen, um sie auf ihr Leben nach der Haft vorzubereiten. Nur in hinreichend großen Haftanstalten können passgenaue Resozialisierungs- und Bildungsmaßnahmen mit vertretbarem Aufwand realisiert werden. Deshalb sind Neubauten wie in Bremervörde bei gleichzeitiger Schließung kleiner Haftanstalten der richtige Weg.

Die FDP Niedersachsen setzt sich dafür ein, dass die vom Bundesverfassungsgericht festgeschriebenen Regeln zur Ausgestaltung der Sicherungsverwahrung in Abgrenzung zur Strafhaft vollständig umgesetzt werden.

Sicherheit in Freiheit

Liberale sehen die Aufgabe des Staates darin, ein Umfeld für die freie Entfaltung der Persönlichkeit jedes Einzelnen zu gewährleisten. Sicherheit zum Schutz dieses Umfeldes ist deshalb ein zentrales Anliegen der Innenpolitik. Daraus folgt aber auch, dass Freiheitsrechte immer stärker zugunsten von sicherheitspolitischen Erwägungen eingeschränkt werden. Daher müssen alle Maßnahmen staatlichen Handelns zur Gewährung der inneren Sicherheit begründet, zielgenau, verhältnismäßig und effektiv sein. Wir Liberalen setzen zu allererst auf effektive Kriminalitätsverhütung (Prävention), sodann auf eine wirksame Gefahrenabwehr und schließlich auf eine umfassende Strafverfolgung. Die FDP Niedersachsen tritt bei der Kriminalitätsbekämpfung für eine effizientere Verwendung der vorhandenen Mittel sowie für eine Verbesserung der personellen und materiellen Ausstattung der Polizei und besonders der Staatsanwaltschaften und Gerichte ein. Besondere Schwerpunkte müssen auch weiterhin auf die Bekämpfung der Jugend- und Internetkriminalität, der Organisierten Kriminalität sowie auf die Bekämpfung von Gewalt und Terrorismus gelegt werden.

Integration

Liberale stehen innerhalb unserer gemeinsamen Normen und Werte für die Vielfalt der Lebensentwürfe und für das Miteinander der Kulturen und Religionen in unserem Land. Deutschland ist ein Einwanderungsland. Darum haben wir Initiativen zur Änderung des Zuwanderungsgesetzes gestartet und für besondere Problemlagen eine Härtefallkom-

mission eingerichtet. Wir wollen, dass Menschen, die zuwandern, sich in einer offenen und toleranten Gesellschaft selbst verwirklichen können. Asylrecht ist Menschenrecht. Bei der Bewältigung humanitärer Krisen ist Deutschland in der Pflicht, Flüchtlinge aufzunehmen. Viele dieser Menschen bleiben für eine sehr lange Zeit oder für immer in Deutschland und integrieren sich gut bei uns. Für ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger, die ein Bleiberecht in Deutschland erhalten haben, fordert die FDP Niedersachsen verbesserte Maßnahmen zur Integration. Insbesondere bei der beruflichen Eingliederung sehen die Liberalen noch erheblichen Handlungsbedarf. Zur Vermeidung von humanitären Härten setzt sich die FDP für ein liberales Bleiberecht ein. In diesem Sinne sollten die Regeln der Härtefallkommission verbessert werden. Nachtabschiebungen genauso wie das Auseinanderreißen von Familien lehnen wir Liberalen ab.

Verwaltungsmodernisierung

Die FDP Niedersachsen fordert die Beschränkung des Staates auf die Wahrnehmung von Aufgaben, die nicht von Privaten geleistet werden können. Alles andere entmündigt den Einzelnen wie gesellschaftliche Gruppen und widerspricht dem liberalen Leitprinzip der Eigenverantwortung. Daher will die FDP Niedersachsen alle durch den Staat wahrgenommenen Aufgaben in qualitativer und quantitativer Hinsicht auf den Prüfstand stellen. Bestehende landesrechtliche Vorschriften sollen weiter abgebaut werden; bei neuen Vorschriften sind die Regelungs-Folgekosten festzustellen. Außerdem wollen wir das Modellkommunengesetz zu einem Standarderprobungsgesetz weiterentwickeln, damit Kommunen modifizierte Rechtsvorschriften erproben können; bei erfolgreicher Erprobung soll das Modell auf das gesamte Land übertragen werden. Die FDP fordert leistungsorientierte Entwicklungschancen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung. Wir wollen eine effektivere Nutzung der Kenntnisse und Erfahrungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltungen auf allen Ebenen, die in eine Personalplanung mündet, die unter Berücksichtigung der individuellen Fähigkeiten zielgerichtet Entwicklungsperspektiven aufzeigt.

Liberaler Demokratie

Die FDP Niedersachsen bekennt sich zur repräsentativen Demokratie. Dabei haben die Bürgerinnen und Bürger zunächst die Möglichkeit, politische Entscheidungen durch Wahlen zu beeinflussen. Eine abnehmende Wahlbeteiligung bereitet der FDP Niedersachsen große Sorgen. Viele Menschen haben das Vertrauen in die repräsentative Demokratie verloren. Wir wollen neues Vertrauen schaffen und dazu beitragen, dass mehr Menschen die Möglichkeiten der repräsentativen Demokratie in Anspruch nehmen. Dafür muss die Politik bürgernah und verständlich sein. Elemente der direkten Demokratie sind eine wichtige Ergänzung der repräsentativen Demokratie, die den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, unmittelbar konkrete politische Entscheidungen zu beeinflussen.

Diese Elemente der direkten Demokratie wollen wir attraktiver machen, indem die Möglichkeit der Beteiligung, Befragung und Abstimmung über das Internet eingeführt wird.

Kommunalpolitik

Die FDP Niedersachsen steht zur kommunalen Selbstverwaltung, denn die Gemeinden sind das Fundament unserer demokratischen Gesellschaft. Sie kennen die Probleme der Menschen vor Ort am besten und sind daher am ehesten in der Lage, angemessene Lösungen zu entwickeln. Die FDP setzt sich für die strenge Beachtung des Subsidiaritätsprinzips ein und will die ehrenamtlichen Ratsmitglieder, die Verantwortung für ihre Gemeinschaft übernehmen, weiter stärken. Wir wollen die Rückkehr zur Zweigleisigkeit, da sich die Eingleisigkeit der Bürgermeister und Landräte zu einer Machtballung zu Lasten der ehrenamtlichen Mandatsträger entwickelt hat. Solange die Eingleisigkeit besteht, fordern wir die Wiedereinführung der Stichwahl bei der Wahl der hauptamtlichen Bürgermeister und Landräte. Die Amtszeit der Bürgermeister und Landräte soll bei acht Jahren belassen werden. Eine landesweite Gebietsreform von oben, wie sie von anderen Parteien ins Gespräch gebracht wird, lehnen wir sowohl für die gemeindliche Ebene als auch für die Landkreise ab.

Kultur

In unserer globalisierten Welt stiftet Kultur Identität und Vertrauen. Für uns Liberale bedeutet das, ein kulturelles Angebot nicht nur in den Städten, sondern auch in den Regionen vor Ort zu erhalten und zu fördern. Der Staat soll Rahmenbedingungen für eine freie Entwicklung von Kunst und Kultur schaffen und die Entfaltung von Kreativität ermöglichen.

Förderkriterien

Um die knappen Mittel wirksam einzusetzen, ist es wichtig, Qualitätsstandards und Förderkriterien zu entwickeln. Wir wollen, dass die Förderung der niedersächsischen Kultur transparent dargestellt wird. Der Kulturförderbericht 2010 ist ein richtiger Schritt.

Die Förderkriterien sollen sich an den Standards orientieren, die Fachexperten festlegen. Für die niedersächsischen Museen und die Bibliotheken wurden Programme zur Sicherung der Qualität entwickelt. Dieser Weg ist richtig und soll fortgesetzt werden.

Die regionalisierte Kulturförderung hat sich für Niedersachsen bewährt. Die Menschen vor Ort können am besten entscheiden, wie sie die Kulturförderung in ihrer Region gestalten wollen.

Bei der Finanzierung kultureller Projekte sollen künftig auch verstärkt öffentlich-private Partnerschaften genutzt werden.

Kultur- und Kreativwirtschaft

Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist eine wichtige Wachstumsbranche in Niedersachsen. Wir wollen unsere kreativen Köpfe in Niedersachsen behalten und sie dabei unterstützen, hier ihre Existenz aufzubauen. Instrumente zur Existenzgründung sollen auf die besonderen Bedürfnisse der Kreativitätswirtschaft ausgerichtet werden. Hierbei sind auch weiche Standortfaktoren zu berücksichtigen, die den Ausbau bzw. die Ansiedlung der Kreativwirtschaft fördern.

Regionale Sprachen

Die niederdeutsche Sprache in ihrer Vielfalt ist ein essentieller Bestandteil niedersächsischer Kultur. Wir setzen uns für den Schutz und Erhalt der niederdeutschen Sprache ein und wollen einen Niedersächsischen Landesbeauftragten für die niederdeutsche Sprache bestellen. Die FDP Niedersachsen will die niederdeutsche Sprache als fakultatives eigenständiges Schulfach einrichten und erreichen, dass in den Kindergärten über Kooperationen mit den Heimatvereinen vermehrt Plattdeutsch vermittelt wird.

Medien

Die FDP Niedersachsen steht für eine moderne Medienpolitik, die Innovationen anregt und fördert sowie den Bürgern die Kompetenz vermittelt, Medien gewinnbringend zu nutzen. Die Meinungs- und Pressefreiheit sind für Liberale grundlegende Werte. Politik soll deshalb grundsätzlich nur sehr zurückhaltend in den Medienmarkt eingreifen.

Digitale Gesellschaft

Durch schnelleres Internet und aufgrund der rasanten Verbreitung von mobilen Endgeräten werden Informationen wesentlich schneller verbreitet und sind einfacher zugänglich. Diese Dynamik schafft Räume zur Selbstverwirklichung, Bildungschancen und Innovationen, die das Leben vereinfachen.

Die FDP Niedersachsen fordert einen ungehinderten Informationsfluss und lehnt das Diskriminieren oder Priorisieren bestimmter Dienste grundsätzlich ab. Für zeitkritische Anwendungen sowie in Überlast-Situationen akzeptieren wir jedoch Modelle, bei denen Datenpakete mit besonderer Markierung bevorzugt übertragen werden können.

Der Schutz des Eigentums umfasst für Liberale auch den Schutz „geistigen“ Eigentums. Eine vollständige Aufweichung entsprechender Schutzvorschriften lehnt die FDP Niedersachsen ab. Jedoch ist eine grundlegende Reform des Urheberrechts erforderlich.

Fernsehen, Radio und Printmedien

Ebenso wie im Netz tritt die FDP auch bei den klassischen Medien – Printmedien, Radio und Fernsehen – für den Schutz der Pressefreiheit als elementaren Baustein unserer Demokratie ein.

Für die FDP Niedersachsen ist ein objektives und qualitativ hochwertiges Informationsangebot durch öffentlich-rechtliche Sender wichtig, das sich auf den Grundversorgungsauftrag beschränkt. Dies schließt nach Überzeugung der Liberalen auch Kultur und Sport ein, jedoch beispielsweise keine teuren Unterhaltungsformate. Diese stellen derzeit einen öffentlich finanzierten Wettbewerb der privaten Konkurrenten dar.

Die Finanzierungsstruktur der öffentlich-rechtlichen Medien muss regelmäßig auf Erforderlichkeit und Effizienz überprüft werden. Die neue Haushaltsabgabe darf nicht zu einer Mehrbelastung für den Verbraucher führen. So soll bei der ordentlichen Abmeldung eines Gewerbes die Zahlungsverpflichtung von GEMA- und Rundfunkgebühren automatisch enden.

Sport

In den fast 10.000 Sportvereinen in Niedersachsen sind über 2,8 Millionen Menschen organisiert. Darüber hinaus treiben hier viele Menschen vereinsungebunden regelmäßig Sport. Der Sport hat in Niedersachsen zu Recht sogar Verfassungsrang.

Integration und Werte

Sport bringt Menschen unabhängig von Geschlecht, Alter, sozialem Status, religiöser oder politischer Anschauung, körperlichen Voraussetzungen, Herkunft oder sexueller Orientierung zusammen und erbringt damit eine unschätzbare gesellschaftliche Integrationsleistung.

Politischer Extremismus und religiöse Gewalt dürfen im Sport ebenso wenig wie sexueller Missbrauch Platz finden. Diesen Phänomenen zu begegnen, ist eine gemeinsame Aufgabe aller gesellschaftlichen Akteure. Zivilcourage und gegenseitiger Respekt sind auch und gerade im Sport unabdingbar.

Die FDP fordert, die Bemühungen des Landes fortzusetzen, Integration durch Sport zu verbessern. Menschen mit Migrationshintergrund sollen stärker in die Vorstandsarbeit, die Übungsleiterausbildungen und das Vereinsumfeld eingebunden werden.

Der Behindertensport in Niedersachsen soll auch in den nächsten Jahren gezielt unterstützt werden. Veranstaltungsformate in diesem Bereich, etwa Wettkämpfe oder Ehrungen, soll die Landesregierung öffentlichkeitswirksam unterstützen, um dem Behindertensport ein größeres Forum zu bieten.

Sportselbstverwaltung und -finanzierung

Die FDP Niedersachsen hat den Breiten-, Behinderten-, Schul- und Spitzensport trotz der angespannten Lage des Landesetats in den letzten Jahren stark unterstützt.

Die Sportselbstverwaltung soll weiter gestärkt werden, ohne die Sportförderung zu vernachlässigen. Der organisierte Sport braucht verlässliche Rahmenbedingungen, damit er sich den großen Herausforderungen wie der demografischen Entwicklung erfolgreich stellen kann.

Die FDP fordert, dass die Mittel für den Landessportbund mindestens auf heutigem Niveau fortgeführt werden. Zusätzliche Einnahmen durch ein zeitgemäßes und europarechtkonformes Glücksspielrecht sollen im Hinblick auf den demografischen Wandel insbesondere der Sportentwicklungsplanung zugutekommen.

Die Initiativen von Vereinen und Verbänden, schon im Jugend- und Amateurbereich vor Doping und seinen Folgen durch Aufklärung zu warnen, sind zu unterstützen. Der organisierte Sport, der Bund, die Länder und die Privatwirtschaft müssen den Dialog über die künftige Finanzierung der Nationalen Anti-Doping-Agentur (NADA) dringend wieder aufnehmen, damit der Anti-Doping-Kampf gezielt und abgestimmt fortgeführt werden kann.

Ehrenamt im Breitensport

Der Breitensport lebt vom Ehrenamt. Ohne ehrenamtlich Aktive gäbe es heute viele Sportangebote nicht. Wir haben Lücken im Versicherungsschutz für Ehrenamtliche in Niedersachsen durch umfassende Rahmenverträge geschlossen. Die FDP Niedersachsen begrüßt nachdrücklich, dass die Bundesregierung die Abschaffung jeglicher Gebühren für die Ausstellung von Führungszeugnissen für Ehrenamtliche beschlossen hat.

Die FDP fordert, die im Sport Engagierten von Bürokratie zu entlasten. Eine Ausweitung der Pflicht zur Vorlage des erweiterten Führungszeugnisses für Ehrenamtliche lehnen wir ab.

Ehrenamts- und Übungsleiterpauschalen sollen mindestens auf dem bestehenden Niveau erhalten bleiben.

FDP Landesverband Niedersachsen
Walter-Giesecking-Str. 22
30159 Hannover
Tel.: 0511-280710

WWW.FDP-NDS.DE